

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,10 Mk., halbjährlich 2,20 Pf., frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 6 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren:
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 1. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. Dezember 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt bringen wir im kommenden Monat eine größere humoristische Erzählung von Alfred af Sedenstjerna:

„Die Vademere der Familie Sellvit.“

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsdepotäre sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus

für den „Vorwärts“ mit Unterhaltungsbeilage und der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennigen für den Monat Dezember entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7578.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Eine neue Kolonialmacht.

Nach der von uns bereits mitgetheilten Meldung der „Agence Havas“ haben nun doch nach langem Sträuben die spanischen Mitglieder der Pariser Friedenskommission die von den Vereinigten Staaten gestellte Forderung der Abtretung der Philippinen und des Sulu-Archipels angenommen. Zwar fehlen noch die offizielle Bestätigung und die näheren Angaben über die Vertragsbestimmungen, doch ist an der Thatsache selbst, daß Spanien sich entschlossen hat, in das übermächtige Verlangen der nordamerikanischen Union zu willigen, nicht mehr zu zweifeln. Schon vor einigen Tagen berichtete der gutinformierte „Imparcial“, daß dahingehende Instruktionen von Madrid aus an Montero Rios, den Leiter der Unterhandlung auf spanischer Seite, abgegangen seien; und was sollte Spanien auch machen? Seine Hilfsmittel sind völlig erschöpft, eine Flotte, mit der es nordamerikanische Angriffe abwehren könnte, ist nicht mehr vorhanden, und überdies herrscht im Lande theils blinde apathische Ergebenheit in das Schicksal, theils die frivole Neigung, das Unglück des „theuren Vaterlandes“ zur Förderung dynastischer Herrschergefühle und kapitalistischer Sonderinteressen auszunützen. So wie heute die Verhältnisse liegen, hätte Spanien doch die Vereinigten Staaten nicht hindern können, sich des Philippinen- und des Sulu-Archipels zu bemächtigen. Nun steht es wenigstens dafür 20 Millionen Dollar ein, ungeredet die Entschädigung, die es für die Karolinen erhalten soll. Allerdings bleibt die Frage der kubanischen Staatsschuld offen; und ob nicht die Vereinigten Staaten am Ende gar einen Theil der an Spanien zu zahlenden Entschädigung als Deckung für diese Schuld einbehalten, das muß erst noch abgewartet werden. Verschidenheit ist keine Tugend des amerikanischen Charakters.

Mit diesem schon in den letzten Wochen vorausgesehenen Abschluß endet eine Tragikomödie, die auf beiden Seiten die agierende Bourgeoisie in einer Beleuchtung gezeigt hat, wie sie selbst der ärgste Verächter der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht erwarten konnte; vielleicht gebührt sogar den amerikanischen Epigonen der einst für ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Ansiedler der Neu-England-Staaten, was Rücksichtslosigkeit, brutale Erwerbsgier und stuppellose Aufopferung von Menschenleben für egoistische Zwecke anbelangt, die Palme des Ruhms. Immer mehr hat sich mit näherem Bekanntwerden der Einzelheiten des kubanischen Aufstandes gezeigt, daß wenn auch die eigentlichen Ursachen der kubanischen Insurrektion in den Mängeln der spanischen Verwaltung zu suchen sind, doch die Unterhaltung der Bewegung und ihre Neuentfaltung, sobald sie zu erlöschen drohte, auf das Konto eines engeren Kreises amerikanischer Interessenten zu setzen sind. Allen voran der Besitz der südlichen Eisenbahnen, der respektablen Herren Carnegie, Rockefeller u., sowie der am Frachtverkehr in Westindien beteiligten Schiffsgesellschaften. Damit diese Herren von den Zöllen befreit werden, damit ihr in kapitalistischen Anlagen an Kuba stehendes Kapital prosperiert und sich neue Anlagemöglichkeiten bieten, deshalb mußte die kubanische Insurrektion unterhalten, deshalb auch unter den frommen Segenswünschen des hochwürdigen Bankiers J. R. Land die nordamerikanische Expedition nach Kuba unternommen werden, um die unter dem rohen Druck der Spanier seufzende Perle der Antillen zu „befreien“ und dort die „amerikanische volkshumliche Freiheit“ zu begründen. Und dasselbe Schauspiel frömmelnder Heuchelei wiederholte sich, als die Annektion der Philippinen in Frage kam. Zuerst hieß es auch hier, die Union hätte für die Unab-

hängigkeit der malatischen Bevölkerung vom spanischen Joch gekämpft und begehre für sich selbst nur eine Kohlenstation. Dann wurde aus dieser beschiedenen Kohlenstation die Bai von Manila mit einigen niedlichen Dependenzen, darauf ganz Luzon und schließlich der ganze philippinische Archipel. Vor ungefähr acht Wochen schien es allerdings, als wolle ein Rückschlag eintreten. Der von den Philippinen zurückgekehrte General Merritt machte über die dortigen Verhältnisse, den Haß unter den verschiedenen Stämmen, die Anzahl der Aufständischen die politische Stimmung auf Luzon, Mittheilungen, die in der amerikanischen öffentlichen Meinung einen theilweisen Umschwung bewirkten. Die Aufständischen hieß es, seien einer amerikanischen Annektion wenig günstig gesinnt, so daß eine Befestigung und Pazifizierung des Landes nicht nur die ständige Unterhaltung einer bedeutenden Heeresmacht auf den Philippinen, sondern auch enorme Geldmittel erfordere. Doch derartige Bedenken konnten die auf den Handelsverkehr und den Abzug nach Ostasien spekulierenden Interessenten der großen Eisenbahn- und Schiffsgesellschaften, der Eisenbahnen- und Stahl-Syndikate nicht schrecken, und als die Hagemeyers, die Morgans, Spreckels, Carnegies u. s. w. mit ihrer weiten Gefolgschaft sich ernstlich für die Annektion der Philippinen ins Zeug legten, da war das Schicksal der über dreihundert Jahre im spanischen Besitz gebliebenen Inselgruppe entschieden. Solche homöopathische Gesellschaft mit ihrem enormen Einfluß für sich einzufangen, dem konnten die Mäcker der republikanischen Partei und ihr Sachwalter, der sehr ehrenwerthe Herr Mac Kinley, nicht widerstehen.

Allerdings nicht viel uneigenwilliger hat sich die spanische Bourgeoisie erwiesen. Als beim Ausbruch des kubanischen Aufstandes die Sozialisten und Föderalisten für Reformen und für Gewährung einer Art Autonomie an die Eingeborenen eintreten, als sie dann später, um einer Einmischung der Union die Berechtigung zu nehmen, die Unabhängigkeitserklärung Kubas verlangten, da wurden sie einfach verdrängt. Konservativ, Liberal, Republikaner schimpften in sonst ungewohnter Eintracht über die „Vaterlandslosen“, die Spaniens werthvollen Besitz weggeben wollten. Die Hauptorgane der letzten beiden Parteien, der „Imparcial“, der „Liberal“, der „Pais“, der „Progreso“ trieben es sogar am ärgsten. Und dabei vermochten diese „nach Besitz maßgebenden“ Schichten der spanischen Bourgeoisie, als der Krieg begann, sich nicht zu den geringsten Opfern, zu der geringsten Vintenansehung ihrer persönlichen Interessen verstehen. Selbst das Zugeständnis, daß künftig die Söhne der Reichen sich nicht mehr vom Militärdienst sollten freikaufen können, mußte den patriotischen Herren erst durch eine energische Agitation im Lande abgerungen werden.

Doch das sind Dinge, die der Geschichte angehören und die, so charakteristisch sie für die Großbourgeoisie und die moderne Gesellschaft sein mögen, vor der Wichtigkeit der Frage zurücktreten: Welche Folgen wird die Festsetzung der Union in Westindien und Ostasien haben? Zunächst ungewissheit eine Vermehrung des stehenden Heeres und der Marine und damit die Einführung des Militarismus nebst seinen obligaten Begleitererscheinungen. Um seine Herrschaft den widerstrebenden Bevölkerungen Kubas und der Philippinen aufzuzwingen, muß es dort ein größeres Heer unterhalten. Bislang betrug die Heeresstärke nur 25 000 Mann, nun soll sie nach dem Antrage des Kriegsministers auf 100 000 Mann erhöht werden, und das ist nur die erste Rate. Weitere Erhöhungen werden in Kürze folgen, sobald nur erst die bekannten „unvorhergesehenen Fälle“ eintreten oder der gereizte Geist der amerikanischen Kapitalisten nach Erweiterung des Kolonialbesitzes verlangt.

Zunächst ist das noch nicht das Wichtigste. Von viel größerer Bedeutung ist der Vortheil, den die amerikanische Industrie und der amerikanische Handel durch die Eroberungen erlangen werden: ein Vortheil, der sich bald genug in einer verstärkten Konkurrenz der Union auf dem mittel- und südamerikanischen wie auch dem ostasiatischen Markt bemerkbar machen wird. Dabei ist es durchaus gleichgültig, ob Kuba, Portorico und der philippinische Archipel direkt dem Besitzstand der Vereinigten Staaten eingegliedert werden, oder ob ihnen in irgend einer Form eine Art politischer Sondergestaltung zugestanden wird; denn wirtschaftlich werden sie zum Vereinigten Staaten-Gebiet gehören. Gegen eine Konstituierung dieser Besitzungen als selbständige Kolonie würden sich sofort die Kapitalisten auflehnen, die den kubanischen Aufstand unterhalten und das Eingreifen der Union provoziert haben, wie auch die handeltreibende weiße Bevölkerung Kubas und Portoricos. Die Absicht des Zuckerkönigs bei seinen Agitationen war ja gerade, freie Zuckereinfuhr von Kuba und Portorico zu erlangen, um den Handel mit Rohrzucker völlig zu monopolisieren und den Zuckerzucker zurückdrängen zu können. Ebenso wollen die Nordstaaten der Union sich für ihre Industrie-Erzeugnisse in den neuen Kolonialgebieten einen gegen den auswärtigen Wettbewerb geschützten Absatzmarkt sichern, während andererseits die meisten Produzenten und Händler der Inseln sich von einer Einverleibung in den amerikanischen Zollverband eine wesentliche Steigerung des Preises der einheimischen Kolonialprodukte versprechen.

Werden aber Kuba und Portorico dem amerikanischen Zollgebiet angeschlossen, so erwacht dort dem englischen und deutschen Handel — die deutsche Ausfuhr über Hamburg nach

beiden Inseln betrug in den Jahren vor dem Aufstand zirka 8 Millionen Mark jährlich — ein starker Konkurrent, dessen Mitbewerb dazu führen muß, daß der englisch-deutsche Absatz dorthin bedeutend zurückgeht. Ueberdies aber gewinnt die Union in ihren Eroberungen eine außerordentlich günstige Basis für ihre Konkurrenz auf dem mittel- und zum Theil auch auf dem südamerikanischen Markt. Schon in den letzten Jahren ist Englands Ausfuhr nach dem spanisch-sprechenden Amerika gegenüber dem wachsenden Export der Vereinigten Staaten dahin beständig zurückgegangen; vor allem aber haben die letzteren Erfolge auf dem Kapitalmarkt errungen. In Chili, in Peru, in Columbien, in Argentinien, in Mexiko, überall dominiert das Yankee-Kapital, von jenen kleinen Staaten wie Costarica und Honduras ganz zu schweigen. Das letztere Ländchen ist ja heute kaum mehr als eine Satrapie der Familie Astor.

Und ähnlich wird sich voraussichtlich das Verhältniß in Ostasien stellen, sobald erst die Union sich auf den Philippinen häuslich eingerichtet haben wird, und sie für die dort gewonnene Ausbeute von Kolonialprodukten einen Absatz auf dem ostasiatischen Markt suchen muß. Auch dort, in China und Japan, haben in den letzten Jahren die Vereinigten Staaten beständig an Terrain gewonnen, speziell was den Absatz von besseren Baumwollen- und Metallfabrikaten sowie die Lieferung von Materialien für den Eisenbahnbetrieb anbelangt.

Es ist schon heute zweifellos, daß England nicht in Deutschland, sondern in den Vereinigten Staaten der Hauptkonkurrent in Amerika wie in Ostasien entstehen wird, und zwar nicht nur auf dem Waarenmarkt. Die Vereinigten Staaten sind der aufsteigende Stern; zwischen ihnen und England wird sich in erster Linie der Kampf um die wirtschaftliche Ausbeutung jener Gegenden abspielen. Damit eröffnen sich jedoch auch zugleich ernste Aussichten auf eine weitere Komplikation der politischen Verwickelungen; denn es ist ziemlich sicher, daß diese wirtschaftliche Rivalität beider Kolonialmächte auch ihren Ausdruck in einer politischen Gegenüberstellung finden wird, — wirtschaftliche Interessenfragen bestimmen heute die politische Haltung. Zwar heißt es jetzt noch in den gegenseitigen Freundschaftsversicherungen beider Mächte, sie hätten in Ostasien die gleichen Interessen, und sicherlich trifft das heute zu, — aber wie lange noch? Die Vereinigten Staaten haben nur so lange ein Interesse an der Politik der „offenen Thore“, als es sich für sie noch nicht lohnt und noch nicht ihren Bedürfnissen entspricht, bestimmte Abgabengebiete mehr oder minder allein für sich in Anspruch zu nehmen. Gleich schon nach Unterzeichnung des interimistischen Friedensvertrages zwischen Spanien und der Union hat der frühere deutsche Gesandte in Peking, M. v. Brandt, in einem Aufsatze der „Deutschen Revue“ die Ansicht ausgesprochen, daß die wirtschaftliche Rivalität zwischen England und den Vereinigten Staaten in Ostasien voraussichtlich später auch zur politischen Rivalität führen wird, und so wenig wir uns sonst in der Beurtheilung mancher Fragen mit ihm eins wissen, in diesem Punkte dürfte er recht haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. November.

Die Militärvorlage.

In wenigen Tagen tritt der neue Reichstag zusammen. Die ersten Aufgaben, die ihm die Regierungen stellen, sollen sein: Bewilligung einer neuen, sehr bedeutenden Vermehrung des stehenden Heeres und Wehrbewilligungen für die Kolonien.

Der vom Reichstage früher stets zurückgewiesene Plan, das Heer fortwährend entsprechend dem Wachsthum der Bevölkerung zu vermehren, soll jetzt durchgeführt werden. Es sollen nicht nur neue Organisationen, Bildung zweier neuer Armeekorps und Reformierung der Artillerie u. s. w. dadurch Kosten für zahlreiche neue Offiziersstellen, Kommandantengebäude, Kasernen, Exerzierplätze entstehen — vorgenommen werden, nein es soll die Friedenspräsenz wiederum ganz erheblich erhöht werden.

Bei der letzten großen Militärvorlage des Grafen Caprivi wurde von den militärischen Sachleuten versichert, daß damit ihre letzten Wünsche erreicht sein würden. Und jetzt, nach wenigen Jahren, stehen wir vor einer neuen großen Vorlage. Man sehe folgendes Bild. Die Heeresstärke der deutschen Armee betrug für Friedenszeit:

1873	850 000 Mann
1875	401 659
1881	427 274
1887	468 419
1890	486 983
1893	557 093

Jetzt soll eine abermalige Erhöhung eintreten. Wie viel Mann gefordert werden, ist noch nicht sicher. Nach den Angaben der „Allg. Ztg.“ darf man mit 13770 Mann rechnen. Sollten, was wahrscheinlich ist, die Unteroffiziere dabei nicht eingerechnet sein, so kommen wir zu einer Forderung von nicht weniger als

16 000 Mann.

Hierbei ist V a h e r n, das die entsprechende Reorganisation erst später durchführen soll, nicht eingerechnet. Auch Einjährig-Freiwillige, Offiziere, Bezugs u. s. sind in den obigen

A. Jandorf & Co.



Donnerst
Sonnaben
stattfindet, und b

*Donnerstag, den 1. December, Freitag, den 2. December,
Sonnabend, den 3. December, Sonntag, den 4. December
stattfindet, und bitten wir, die Beträge gest. in Empfang nehmen zu wollen.*

A. Jandorf & Co.

Bitte ausschneiden!

(Ede Dönhofsplatz), bei.
in Berlin.